



Quelle: Stadtarchiv Kiel

Porträt von Fritz Gradenwitz in der Galerie der Bürgermeister im Kieler Rathaus

Hans H. Lembke

„Als aufrichtig liberalen Mann schätzen gelernt“ Fritz Gradenwitz: Kieler Bürgermeister, Rechtsanwalt, Schutzhäftling

Im Kieler Stadtgedächtnis und in der veröffentlichten Kieler Stadtgeschichte ist das Wirken und die Biografie des liberaldemokratischen Bürgermeisters Fritz Gradenwitz bisher nur am Rande erwähnt worden.¹ Im Folgenden sollen seine Amtszeit als Bürgermeister in der Weimarer Republik, seine Diskriminierung durch die Nationalsozialisten und sein Lebensweg nach 1945 bis zu seinem Tode beleuchtet und damit exemplarisch der Weg eines überzeugten liberalen und getauften Juden beschrieben werden.

Der Weg nach Kiel

Fritz Gradenwitz stammte aus einer jüdischen Familie, die in der preußischen Provinz Posen das Bürgerrecht erhalten und sich in den nachfolgenden Generationen in Breslau und Berlin niedergelassen hatte.² Geboren 1872 in Breslau, besuchte er dort bis 1890 das Gymnasium, diente als Einjährig-Freiwilliger und studierte – inzwischen getauft – Rechtswissenschaften, zunächst in Breslau, dann in Berlin und Heidelberg. Auf das Referendariat – während dessen er zum Dr. jur. promoviert wurde – folgte ab 1898 seine Assessorenzeit, anfangs im Justizdienst, dann in der Armen- und Steuerverwaltung der Stadt Breslau. 1905 übernahm er den Vorsitz des Breslauer Gewerbegerichts und gewann damit, zusätzlich zu Kenntnissen der Kommunalverwaltung, auch Erfahrungen in der Arbeitsgerichtsbarkeit.

Erst als Mittdreißiger entschloss Gradenwitz sich zur Familiengründung, seine Frau Martha Schmidt war die Tochter eines Hamburger Fuhrunternehmers. Die Eheschließung erwies sich für den schlesischen Juristen als nachhaltige Weichenstellung in Richtung auf hanseatische Hafenstädte. Die erste Station war Stettin; Fritz Gradenwitz hatte sich auf den Posten eines besoldeten Stadtrats beworben und das Votum der Stadtverordneten erhalten. Deren Erwartungen hat er in fünfjähriger Amtsführung offenbar nicht enttäuscht, denn er wurde 1912 einstimmig wiedergewählt.

Trotz dieses Erfolges bewarb er sich im Herbst 1912 als liberaler Kandidat bei der Bürgermeisterwahl in Kiel auf eine wesentlich attraktivere Stelle. Als Gradenwitz' Berufung zum Bürgermeister und damit zum stellvertretenden Vorsitzenden des Kieler Magistrats bekannt wurde, schrieb die

Stettiner *Ostsee-Zeitung*: „Möge Herr Dr. Gradenwitz, den wir zugleich als aufrichtig liberalen Mann schätzen gelernt haben, in seinem umfassenden neuen Wirkungskreise voller Erfolg und reiche Befriedigung beschieden sein.“³

Widerstreitende Interessen: die Kieler Bürgermeisterwahl 1912

Gradenwitz' Wahl in Kiel war weit mehr als ein Routineakt bürgerlicher Selbstverwaltung. Sie war politisch umkämpft, und die Provinzhauptstadt geriet darüber in Aufregung. Ein weiteres Zitat aus der Stettiner Presse lässt den Grund erahnen. Der sozialdemokratische *Volksbote* zollte dem parteilos Bürgerlichen klassenbewusst seine Anerkennung: „Auf Grund seines Programms, und weil er mehrere Fragen unserer Genossen zur Zufriedenheit beantwortete, hatte sich die Sozialdemokratie sehr energisch für seine Wahl ins Zeug gelegt. Möge sich Dr. Gradenwitz des großen Vertrauens, das man ihm entgegenbrachte, würdig erweisen.“⁴

Die Bürgermeisterwahl fiel in eine Zeit verschärfter Auseinandersetzungen, auch im bürgerlichen Lager der Stadt. Ein zentraler Streitpunkt war die kommunale Wahlordnung.⁵ Diese setzte den Rahmen für die Bestimmung der Stadtverordneten, die das Parlament bildeten, und auch für die Wahl der Bürgermeister und Stadträte, aus denen sich der Magistrat zusammensetzte. Das Wahlrecht war gleich und beschränkt: Alle Stimmen hatten dasselbe Gewicht, aber wahlberechtigt waren nur die Einwohner, deren Jahreseinkommen eine bestimmte Höhe überstieg. Diese Regeln entsprachen den „bürgerlichen“ Interessen; sie ließen zu, dass Kandidatenvorauswahl und Wahlempfehlungen in Kommunalvereinen besprochen und in einem Bürgervereinsausschuss verdichtet wurden. Nur: Mit Anwachsen der Arbeiterschaft und dem Anstieg ihrer Nominallohne mehrte sich die Zahl der „nicht-bürgerlichen“ Wähler. Ihr Wahlverhalten orientierte sich nicht an Meinungsbildern in Kommunalvereinen, sondern an den Empfehlungen – auch Vorgaben – der sozialdemokratischen Partei.

1904 waren die ersten zwei Arbeitervertreter seit 1896 ins Kieler Stadtparlament eingezogen,⁶ und nur fünf Jahre später war die Gruppe auf elf – von insgesamt 30 – Stadtverordneten gewachsen. Die Bürgerlichen versuchten den Trend zu stoppen, sie setzten auf eine Änderung der Wahlordnung. Die National-liberalen, die Konservativen und auch der monarchisch eingestellte Oberbürgermeister Paul Fuß plädierten für eine erweiterte Form des preußischen Dreiklassenwahlrechts.

Naturgemäß widersetzten sich die Sozialdemokraten, aber auch die in der Bürgerschaft fest verankerten Linksliberalen sprachen sich dagegen aus. Als Kompromiss einigte sich das bürgerliche Lager auf eine Teilung der

Stadt in vier Wahlbezirke. Die Grenzziehung erfolgte nach wahlstatistischer Einsicht und ließ erwarten, dass die Sozialdemokraten – selbst bei deutlich absoluter Mehrheit – ihre Kandidaten in höchstens zweien der vier Bezirke durchsetzen würden.⁷ Das Konzept, dem die Sozialdemokraten vehement widersprachen, ging auf. Trotz klarer Stimmenmehrheit gewann die proletarische Linke nur die Plätze im Süd- und Ostbezirk.⁸

Ihre Stadtverordneten blieben bis 1911 eindeutig in der Minderheit. Weil aber jährlich ein Viertel der Abgeordneten neu gewählt wurde, war das Patt absehbar. Folglich setzte sich Oberbürgermeister Fuß – trotz des Widerstands der Linkliberalen – erneut für ein Klassenwahlrecht ein; sein Vertreter und Nachfolger Paul Lindemann schloss sich an. Der faktische Amtswechsel zwischen beiden war für den Herbst 1912 vorgesehen, die jährliche Stadtverordnetenwahl auf Ende November terminiert und die Wahl des zweiten Bürgermeisters auf Mitte Dezember – für die Provinzhauptstadt eine kommunalpolitische Agenda von ungewöhnlicher Spannung.

Die Wahl der Stadtverordneten brachte den Sozialdemokraten mit 56 Prozent ihr bislang bestes Ergebnis und dem Stadtparlament das erwartete Patt. Links von den 24 bürgerlichen saßen nun ebenso viele sozialdemokratische Abgeordnete. Dies steigerte die politischen Erwartungen an die nachfolgende Wahl des Bürgermeisters, denn hier entschied die Gesamtzahl der Stimmen, nicht die Übermacht in einzelnen Stadtvierteln. Bislang hatten die Kieler Sozialdemokraten sich geweigert, an den Bürgermeisterwahlen teilzunehmen, mit dem Argument, dass die Regeln zur Kandidatenauswahl ihr Stimmengewicht auf ein Minimum reduzierten. Nun aber – mit dem Ergebnis des Vormonats – waren ihre Chancen erheblich gestiegen, in zukünftigen Vorauswahlen einen auch für Sozialdemokraten annehmbaren Kandidaten durchzusetzen.

Für den anstehenden Wahlgang blieb dies allerdings bedeutungslos. Die drei Kandidaten standen seit Wochen fest, eine ausschließlich bürgerlich besetzte Kommission hatte sie aus mehr als 100 Bewerbern ausgelesen. Zur Wahl standen zwei stellvertretende Bürgermeister – aus Potsdam und Elberfeld – sowie der Stettiner Stadtrat Fritz Gradenwitz. Der Kieler Öffentlichkeit präsentierten sie sich acht Tage vor der Wahl. Sie hielten längere Ansprachen, die sich inhaltlich nicht wesentlich unterschieden. Die kommunalen Aufgaben schnell wachsender Mittelstädte waren allen dreien aus eigener Amtserfahrung bekannt⁹ – mit einer gewissen Einschränkung bei dem Potsdamer Kandidaten, der in Fragen von Handel und Gewerbe weniger zu bieten hatte.

Auf die Präsentation folgte die Meinungsbildung in den Bürgervereinen, mit dem Ergebnis einer Spaltung im bürgerlichen Lager. Eine Woche vor der Wahl sprachen sich die Linkliberalen für Gradenwitz aus.¹¹ Eine

zweite Überraschung brachte der Folgetag. Die Hauptversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Groß-Kiel beschloss einstimmig, die sozialdemokratischen Wähler aufzufordern, für Gradenwitz zu stimmen.¹² Entsprechend lebhaft war die Diskussion im Bürgervereinsausschuss am Tag danach. Die Vertreter des Liberalen Vereins gerieten unter massiven Druck, ihre Wahlempfehlung für Gradenwitz zurückzunehmen. Ihnen wurde eine Politisierung der Wahl, ein Vorpreschen ohne Fühlungnahme, ja ein „Überfall auf die Bürgerschaft“ vorgeworfen.¹³ Bei der Abstimmung im Vereinsausschuss entfiel nur eine Stimme auf Gradenwitz, die übrigen erhielt der Kandidat Holz aus Elberfeld. Dennoch lenkten die Linksliberalen nicht ein.

Die Zeitungsannoncen am Vortag der Wahl heizten die Stimmung weiter an. Der Vereinsausschuss forderte: „Auf den verantwortungsvollen Posten als zweiter Bürgermeister gehört kein Parteimann, sondern ein hervorragend tüchtiger Verwaltungsbeamter.“¹⁴ Gradenwitz, parteilos und Verwaltungsfachmann, erfüllte beide Kriterien – und erhielt den Zuschlag.¹⁵ Nur kamen seine Stimmen nicht von Nationalliberalen und Konservativen, sondern – wie erwartet – von Linksliberalen und Sozialdemokraten. Dieser Wahlausgang war nicht ohne Ironie; die eine Seite hatte ihn abgelehnt, weil er ein „politischer Kandidat“ war, die andere hatte ihn als eben solchen gewählt. Doch Gradenwitz war eigentlich von anderem Holze: weit eher ein gradliniger Administrator als ein gewitzter Kommunalpolitiker. Dies zeigte seine spätere Amtsführung als Bürgermeister, und wahrscheinlich war es in den streitenden Vereinen auch vorher bekannt.

Wenige Wochen nach der Wahl hatte sich das politische Klima an der Förde wieder beruhigt. Die liberale *Kieler Zeitung* zog ein klares Fazit: „Wer unser freies Wahlrecht lobt, das den Bürgern ein Mitbestimmungsrecht bei der Wahl der Bürgermeister und Stadträte gibt, muß die Konsequenzen in den Kauf nehmen. [...] Die Wähler haben gesprochen und damit ist die Wahl erledigt.“¹⁶ Und auch der Bürgerblock von Konservativen und Nationalliberalen musste die Zeichen der Zeit erkennen. Kiel hatte sich von einem mittelgroßen Provinzzentrum in raschem Tempo zu einer Großstadt entwickelt, Wachstumsmotoren waren dabei die Kaiserliche Marine und die Werften.¹⁷

Politisch war die Stadt in dieser Zeit nach links gerückt, mit erstarken der Sozialdemokratie und einem bedeutenden demokratisch-liberalen Bürgertum. Nicht zuletzt die Bürgermeisterwahlen hatten dies anschaulich gezeigt. Für die Folgejahre war – aus der Perspektive der Jahreswende 1912/13 – eine Fortentwicklung dieser Trends zu erwarten, aber kein Umbruch. Selbst die Sozialdemokraten erwarteten kein rotes Rathaus in naher Zukunft.



Amtssitz von Bürgermeister Gradenwitz: das Kieler Rathaus im Jahr 1913

Gradenwitz' Amtszeit bis zur Revolution

Der neue Bürgermeister ging an die Arbeit, aus Stettin hatte er sich im Februar 1913 verabschiedet. Er fungierte als Stellvertreter des Oberbürgermeisters Lindemann und setzte erste Marksteine in der Kieler Schulverwaltung. Dafür hatte er 18 Monate Zeit, dann wurde er – im Alter von 42 Jahren – zum Kriegsdienst eingezogen. Drei Jahre später, im August 1917, nahm er die Tätigkeit im Rathaus wieder auf; soziale Probleme in der Stadt und Personalengpässe in der Verwaltung werden seine Rückkehr beschleunigt haben.

Plausibel ist auch die Annahme, dass ein Mittler zwischen dem konservativen Oberbürgermeister und den Oppositionellen in der Stadtverordnetenversammlung gefragt war. Zwar hatten die Sozialdemokraten zu Kriegsbeginn den „Burgfrieden“ geschlossen, doch wurde dieser spätestens nach dem „Kohlrübenwinter“ 1916/17 brüchig. Die Verschlechterung der Ernährung drohte sich zu einem Unruhefaktor zu entwickeln. Aus Sicht der Bevölkerung trug der Magistrat für die Versorgungsmängel eine Mitverant-

Zeichnet die 9. Kriegsanleihe!

Bringt dem Vaterlande neue, reiche Mittel zum Kampf und Frieden!

Jedermann sei seiner Pflicht eingedenk!

Kiel muß wieder wie bisher eine bevorzugte Stelle in der Reihe der Heimstreiter einnehmen; unsere Bevölkerung muß wieder den Beweis liefern, daß sie ihr Vaterland und ihre schöne Heimat liebt und alles daran setzt, sie zu erhalten. Mitbürger, legt all Euer entbehrliches Geld in der Kriegsanleihe an, sie ist die beste und sicherste Kapitalanlage der Welt.

Der Kieler Werbeausschuß für die 9. Kriegsanleihe.

Andrae, Bühren, Gradenwitz, Keller, Krätzfeldt, Meyer, August Meyer, Oberföden, Peters, Poller, Post, Uoh.

Quelle: Kieler Zeitung 18.10.1918

Aufruf zur patriotischen Pflicht: Gradenwitz unterzeichnet eine Anzeige zur 9. Kriegsanleihe

wortung, auch deshalb, weil das allmächtige Gouvernement die zivile Versorgungsaufgabe allein der Stadtverwaltung zuschob. Mitte 1916 drangen Hungernde in Versorgungsplätze ein, und im März 1917 gab es den ersten großen Hunger-Streik. Im Januar 1918 erhob sich eine zweite Unruhwelle, in der erstmals – bestärkt durch die Umwälzungen in Russland – auch politische Forderungen laut wurden. Zehn Monate später entzündete sich in Kiel die Revolution.

Revolution und parlamentarische Demokratie

Da sie als Matrosenaufstand begann, stellte sich die Machtfrage zunächst im militärischen und nicht im zivilen Bereich. Ohnehin hatte der Kieler Magistrat – mit Ausrufung des Kriegszustands – wesentliche Kompetenzen und damit Macht an das Gouvernement abtreten müssen. Folglich übernahm Gustav Noske, von der neuen Reichsregierung als Ordnungsstifter entsandt, zunächst den Vorsitz des Soldatenrats und dann den Posten des Gouverneurs – nicht etwa den des Oberbürgermeisters. In Noskes Erinnerungen „Von Kiel bis Kapp“ wird die Zivilverwaltung nicht ein einziges Mal erwähnt.¹⁸ Noske war vor allem mit der Demobilmachung der Kriegsmarine befasst, wobei er den Soldatenrat (nun unter Vorsitz eines USPD-Mannes) geschickt einband und pragmatisch auch die Kooperation mit den leitenden Offizieren suchte.¹⁹ Den Magistrat brauchte er dafür nicht, und er mischte sich nicht in dessen Geschäfte.

Auch der Arbeiterrat stellte das Fortbestehen der Stadtverwaltung nicht in Frage. Zwar proklamierte der Rat eine „Provisorische Regierung für Schleswig-Holstein“, beschränkte sich dann aber darauf, der im Amt belassenen Exekutive sogenannte Beigeordnete zur Seite zu stellen.²⁰ Dies galt auch für die Kieler Stadtverwaltung; der beigeordnete Mehrheitssozialist Eduard Adler konnte an den Sitzungen des Magistrats teilnehmen und durfte dessen Korrespondenz einsehen. Wichtige Aufgaben hatte der Arbeiterrat – in pragmatisch-konstruktiver Weise – vor allem in der Lebensmittelversorgung übernommen.

Zudem war er in die wirtschaftliche Demobilisierung eingebunden. Für diesen Großauftrag zeichnete im Rathaus der Bürgermeister Gradenwitz verantwortlich, neben seinen Aufgaben im gewerblichen Schulwesen, Personalwesen, in Steuerkommissionen und der Erwerbslosenfürsorge.²¹ Die Unterstützung bestand aus Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Aus- und Weiterbildung und der Erwerbslosenfürsorge. Sie blieb nicht ohne Erfolg: Im Januar 1919 gab es in der Stadt nur 3.000 registrierte Erwerbslose,²² damit lag die Quote unter zehn Prozent. Leichte Zweifel an der amtlichen Zählung sind allerdings angebracht; Mitte Januar erlebte Kiel zwei große Demonstrationen Arbeitsloser – der Aufruf kam zunächst von der MSPD, tags darauf von der USPD und vom Spartakusbund.

In Kiel hatten sich die Mehrheitssozialisten von Beginn an gegen die Unabhängigen durchgesetzt, die Stadtverordnetenwahlen vom März 1919 bestätigten ihre Vorrangstellung. Die Macht der Räte schrumpfte im weiteren Jahresverlauf bis zur Bedeutungslosigkeit, und der Oberbürgermeister Lindemann erklärte im September die Kontrollfunktion des Arbeiterrats für schlicht „entbehrlich“.²³ Kurz darauf wurde er allerdings selbst zur unerwünschten Person, wegen einer zweiten öffentlichen Herabsetzung von Sozialdemokraten.²⁴ Dadurch brachte er nicht nur die Linksparteien, sondern auch große Teile des bürgerlichen Lagers gegen sich auf.

Vier Tage später musste er nach massiver Kritik seinen Platz räumen.²⁵ Nachrücker war Bürgermeister Gradenwitz, wenn auch nur mittelfristig bis zur Neuwahl des OB. Politisch sollte diese Phase sich als ähnlich spannungsgeladen erweisen wie die Wochen der Revolution.

Gradenwitz' Rolle in der Zeit des Kapp-Putsches

Mit einem Putsch unter Leitung von Wolfgang Kapp versuchten rechtsbürgerliche und antidemokratische Kräfte – unterstützt durch DVP und DNVP – am 12. März 1920 in Berlin die junge Demokratie zu stürzen. Der Umsturz scheiterte bald am entschiedenen Widerstand der Arbeiterparteien und liberalen Demokraten. Aufschlussreich ist, wie sich die Vorgänge aus Sicht des Bürgermeisters und Magistratsvorsitzenden Gradenwitz darstellten. Sein „Bericht über die Ereignisse in Kiel vom 13.–15. März“ ist erhalten.²⁶ Er beginnt mit der Schilderung einer Magistratssitzung, die Gradenwitz am 13. März einberief. Die Morgenausgabe der *Kieler Zeitung* hatte Gerüchte über einen Sturz der Regierung Ebert verbreitet. Unmittelbar nach Sitzungseröffnung erschien unaufgefordert ein Offizier der Marinestation. Er befahl dort die Sicherheitswehr und bot sie als Schutz des Rathauses an. Unverblümt erklärte er, dass er sich der „neuen Regierung“ in Berlin unterstellt habe, auch sein Stationschef, der Admiral von Levetzow,

Der Magistrat der Stadt Kiel für die alte Regierung.

Der Magistrat beschloß einstimmig:

Der Magistrat der Stadt Kiel sieht nach wie vor auf dem Boden der Reichs- und Staatsverfassung und hält Treue der aus den allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Regierung. In diesem Sinne wird der Magistrat die Geschäfte der Stadt weiter führen. Er fordert die Bevölkerung auf, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren und sich jedes Einriffs in öffentliches und privates Eigentum zu enthalten.

Kiel, den 13. März 1920.

Der Magistrat.
(abz.) Dr. Gradenwitz.

Quelle: Kieler Zeitung 21.3.1920

bekenne sich zu ihr. Der Magistrat reagierte zurückhaltend. Er sah nach wie vor den Polizeipräsidenten als Garanten der zivilen Sicherheit – sofern nicht auch er die Seiten gewechselt hatte. Die Sitzung wurde unterbrochen, Gradenwitz befragte den Polizeipräsidenten und kehrte mit der erhofften Antwort zurück.

Positionsbekundung des Kieler Magistrats, März 1920

Die Besprechung ging weiter, wurde aber schon bald durch ein

zweites, wiederum nicht selbstloses Sicherungsangebot unterbrochen. Drei Vertreter des bürgerlichen Ordnungsbundes trugen es vor.²⁷ Der Magistrat beriet, befand die Ordnungskraft des Bundes als unzureichend und entließ die Herren. Ein substantielles Ergebnis gab es erst am Schluss der Sitzung. Gradenwitz schreibt dazu: „[...] beschloss der Magistrat, eine Erklärung zu veröffentlichen, nach der er sich auf den Boden der alten Regierung stellte und die Bevölkerung ermahnte, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Bekanntmachung wurde den Zeitungen noch am Abend zugestellt, ist jedoch auf nicht geklärte Weise am Sonntag in der Kieler Zeitung nicht erschienen.“ Während es für die Zeitgenossen „nicht geklärt“ blieb, sagen die Quellen, dass es sich um Zensur der Militärmachthaber gehandelt hat.²⁸

Abends schlossen sich Besprechungen in kleinerem Kreise an. Die Vorsteher des Ordnungsbundes erschienen in Gradenwitz' Düsternbrooker Wohnung und berichteten über Kämpfe auf der anderen Seite der Förde. Gemeinsam fuhren sie dann zum Chef der Marinestation und schlugen ihm vor, die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung einem Direktorium zu übertragen, zu bilden aus Vertretern aller Parteien. Der Admiral von Levetzow war prinzipiell einverstanden, wollte aber seine Kommandogewalt gewahrt sehen. Kritischer begegnete er dem Vorschlag, seinen Vorgänger Gustav Garbe, Gewerkschaftsführer und 1918 Vorsitzender des Arbeiterrats, in das Direktorium aufzunehmen.²⁹ Er müsse dies schon deshalb ablehnen, weil er Garbe habe verhaften lassen. Dasselbe gelte auch für den Rechtsprofessor Gustav Radbruch und den Privatdozenten Hermann Heller; beide hätten den bewaffneten Widerstand der Arbeiter unterstützt.³⁰

In derselben Nacht traf der Bürgermeister noch mit dem Präsidenten der Handelskammer und dem Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wilhelm Spiegel (MSPD) zusammen. Am folgenden Sonntagmorgen – dem 14. März – berief er den Magistrat ein; dieser bestätigte seine Erklärung vom Vortag und ließ sie durch Anschläge verbreiten. Vordringlicher Tagesordnungs-

punkt waren die Verhaftungen; die drei Gefangenen konnten schon in den nächsten Stunden kriegsrechtlich verurteilt werden. Um die Gefahr abzuwenden, schickte der Magistrat eine Deputation zum Stationschef. Dieser gab eine militärisch knappe Antwort: Das Gerichtsverfahren sei bereits eingeleitet, und er werde sein Recht auf Bestätigung, eventuell Milderung wahrnehmen. Das Standrecht gelte zurzeit noch nicht, die Verkündung stehe aber unmittelbar bevor.

Dass die neuen Machthaber eine verschärfte Konfrontation keineswegs scheuten, bestätigte sich auch in der Magistratssitzung am Montag, dem 15. März. Die Arbeiter hatten die städtischen Licht- und Wasserwerke verlassen, also stillgelegt. Der Oberpräsident der Provinz, von der neuen Regierung berufen, lud daraufhin den Direktor der Stadtwerke zu einer Besprechung. Dieser wandte sich an den Magistrat und erhielt die Weisung, der Einladung nicht zu folgen. Eine bemerkenswerte Entscheidung: Der Magistrat stellte sich damit gegen die Person, die ihm im vorherigen Quartal noch vorgestanden hatte. Die Putschisten in Berlin hatten Paul Lindemann, den ehemaligen OB, als kommissarischen Leiter der Provinzverwaltung Schleswig-Holsteins eingesetzt – nach dem Skandal vom September ein gezielter Affront auf die Selbstverwaltung der Stadt.

Am Nachmittag des 15. März verhandelte der Magistrat mit den Arbeitern der städtischen Werke. Sie erklärten sich schließlich bereit, den Streik zu beenden, stellten aber weitreichende Bedingungen. Diese übermittelte der Magistrat dem Stationschef, als Grundlage für eine Besprechung am selben Abend in der Station. Dort erschien der Bürgermeister zusammen mit einem Magistratsmitglied, zwei Stadtverordneten (MSPD, USPD) und zwei Arbeitern. Zu einer wirklichen Verhandlung kam es nicht. Levezow sagte zu, nach Beendigung des Streiks das Militär aus den Betrieben abzuführen, war aber nicht bereit, die weiteren Forderungen zu diskutieren. Auch die – vom Bürgermeister ausdrücklich erwünschte – Gewähr für die Unverletzlichkeit der Stadtverordneten in der Sitzung des Kommunalparlaments am Folgetag könne er nicht geben, da er nicht wisse, wer an den Verhandlungen teilnehme. Gradenwitz sagte daraufhin die Sitzung am Dienstagmorgen, 16. März, ab und löste damit eine Erklärung des Stationschefs aus, dass öffentliche Sitzungen der Kollegien und des Stadtparlaments ohnehin nur mit seiner Genehmigung stattfinden dürften.

Diese Mitteilung sandte der Bürgermeister an den Stadtverordnetenvorsitzenden Spiegel, der die Kommunalpolitiker darüber informierte – nach Eröffnung der Versammlung. Spiegel hatte sich also der Entscheidung des Bürgermeisters, auf die Sitzung zu verzichten, nicht angeschlossen. Allerdings waren die Stadtverordneten nicht einmal zur Hälfte erschienen, fast vollständig war allein die Fraktion der Bürgervereine.³¹ Vorgeschlagen wur-

de eine Erklärung, mit der sich der Magistrat zur rechtmäßigen Regierung bekannte. Ein Vertreter der Bürgervereine, selbst DNVP-Mitglied, protestierte, dass der Magistrat „sich damit auf das politische Gebiet begeben hat. Die Aufgabe des Magistrats erblicken wir lediglich darin, für das Wohl der gesamten Bürgerschaft zu sorgen.“³² Nach kurzer Beratung kam ein zweiter Entschließungsantrag zur Diskussion: Das Parlament danke dem Magistrat für seine Erklärung vom 13. Januar, solidarisiere sich mit ihm und verwehre sich gegen jeden Eingriff der Marinestation in die städtische Selbstverwaltung. Dies sahen die Vertreter des Bürgerblocks wiederum als eine „politische Resolution“. Sie verließen den Saal, und die Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Eine entschlossene Haltung gegenüber dem Stationschef zeigte am selben Nachmittag auch der Magistrat. Der Militärbefehlshaber hatte ihm vorgeworfen, die technische Nothilfe in den Stadtwerken zu behindern und damit den Streik zu unterstützen. Die Antwort trug Gradenwitz' Handschrift: „Der Magistrat hat mit größtem Befremden von dem dortigen Schreiben Kenntnis genommen und weist den darin angesprochenen, ihn schwer kränkenden Vorwurf einer Förderung des Streiks auf das Entschiedenste zurück.“³³ Am nächsten Morgen, dem 17. März, traf sich der Magistrats- mit dem Stationschef, „ohne Zeugen“. Letzterer malte Schreckensszenarien – Millionen Bolschewisten drohten im Osten einzumarschieren, und Spartakisten planten, einen Aufstand im Innern anzuzetteln. Angesichts dieser Gefahr müsse die Bürgerschaft alles Trennende zurückstellen, um einer völligen Auflösung der Ordnung vorzubeugen. Der Bürgermeister sei aufgefordert, mit Schlüsselpersonen zu sprechen, damit die Arbeit in allen Kieler Betrieben unverzüglich wieder aufgenommen werde.

Am selben Vormittag des 17. März kapitulierte Kapp in Berlin, was erst Stunden später in Kiel bekannt wurde. Vorher noch hatte der Magistrat, nach Rückkehr des Bürgermeisters aus der Station, für den Nachmittag zu einer Sitzung von Parteienvertretern geladen. Die Runde sollte Bedingungen zur Beendigung des Streiks beschließen. Der Magistrat schlug vor: Rücktritt Levetzows, Lindemanns und des neu ernannten Polizeipräsidenten Löw; Bestimmung eines Nachfolgers für Levetzow im Einvernehmen mit der Parteienkommission; Aufhebung der Haftbefehle. Die Parteienvertreter diskutierten, schlossen sich weitgehend den Bedingungen an und forderten darüber hinaus, dass der Verleger der *Kieler Zeitung*, Robert Hieronymus (DDP), unterstützt durch einen Beirat, die Befehlsgewalt von Levetzow übernehmen solle.

Der Admiral, von einem Emissär befragt, wies die Auflagen entschieden zurück, mit dem drohenden Hinweis, die Truppen hielten weiterhin brav zu ihm. Magistrat und Parteienkommission beschlossen daraufhin, die Ab-

berufung Levezows – den die Admiralität in Berlin weiterhin stützte – beim Vizekanzler zu betreiben. Zwischenzeitlich war der Bürgermeister über die Absetzung der Herren Lindemann und Löw informiert worden. Gradenwitz (für den Magistrat) und Spiegel (als Parteienvertreter) verhandelten mit der Reichskanzlei telefonisch. Die Antwort aus Berlin war für den späteren Abend zugesagt, aber die Marinestation ließ die Leitung sperren. Die Versammlung schloss um Mitternacht. Spiegel und zwei Begleiter versuchten noch, beim Stationskommando wegen Freilassung der politischen Gefangenen vorgelassen zu werden, aber Levezow lehnte es ab, sie zu empfangen.³⁴

Zu diesem Zeitpunkt – am 18. März – war der Putsch in Berlin schon zu Ende, auch der selbsternannte Reichswehrminister Walther von Lüttwitz hatte aufgegeben. Der standhafte Militärbefehlshaber in Kiel blieb weiterhin auf seinem Posten, für einen halben Tag. Dann ersetzte ihn der Vizekanzler durch einen Konteradmiral, dem ein Beirat aus Vertretern der sozialdemokratischen und liberalen Parteien zugeordnet war. Verhindern konnte er nicht, dass die aufgestaute Spannung zwischen bewaffneten Arbeitern und kommandotreuen Soldaten sich gewaltsam in schweren Straßenkämpfen entlud, die 80 Tote und über 100 Verletzte auf beiden Seiten zur Folge hatten. Der Putschist Levezow wurde am 19. März verhaftet, das Verfahren wegen Hochverrats im August durch eine Amnestie beendet.³⁵

Gradenwitz' Amtszeit bis 1925

Fritz Gradenwitz hatte seine Probe als Stadtoberhaupt bestanden, sicherlich nicht mit der Bravour eines mitreißenden Politikers, aber doch mit der Entschlossenheit und Durchsetzungskraft eines demokratischen, rechts-treuen Vorsitzenden des Magistrats. Zur Jahresmitte 1920 trat er wieder in die zweite Reihe zurück. Oberbürgermeister wurde Dr. Emil Lueken, Jurist aus dem Oldenburgischen, sieben Jahre jünger als Gradenwitz und ein ausgewiesener Kommunalpolitiker. Wie Lindemann gehörte Lueken der DVP an, war aber anders als ersterer zur demokratischen Mitte zu rechnen. Entsprechend breit war das Spektrum der Parteien, die seine Wahl unterstützten. Zu ihnen gehörte auch die MSPD; sie hatte mit Blick auf die Mehrheitsverhältnisse im Stadtparlament wiederum auf einen eigenen Kandidaten verzichtet, konnte allerdings mit dieser Haltung nur wenige ihrer Wähler mobilisieren. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 13 Prozent.³⁶

Nach allem Anschein haben Lueken und Gradenwitz während ihrer gemeinsamen Magistratszeit zumeist an einem Strang gezogen. Die Schnittmenge politischer Grundauffassungen von Oberbürgermeister und Stellvertreter war in dieser Konstellation größer als in der vorherigen. Lueken

blieb bis 1933 im Amt und erlebte damit die „goldenen“ Jahre, mit wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Aufschwung. Er musste dann auch beim Niedergang der Weimarer Republik Stärke zeigen und wurde schließlich von den neuen nationalsozialistischen Machthabern abgesetzt.³⁷ Gradenwitz blieb nur bis Anfang 1925 im Amt, seine Tätigkeit war noch weitgehend von den Kriegsfolgen und den Wirren der Inflationszeit bestimmt. Erst in der Schlussphase seiner Magistratszeit überwogen konstruktive Aufgaben gegenüber denen der Krisenbewältigung und Notlinderung.

Ein Zeugnis des Oberbürgermeisters bescheinigt ihm, insbesondere im Schul- und Sozialwesen Hervorragendes geleistet zu haben: im Bereich der Berufsschulen, der städtischen Gesundheitspflege und der Kinder- und Altenheime. Hervorgehoben wird auch, dass der Bürgermeister die Altershilfe und Volksspeisung geschaffen und durch Einrichtung des Lohn- und Arbeitsamtes in politisch turbulenter Zeit zum Wirtschaftsfrieden beigetragen habe. Gradenwitz' Arbeit in der Bauverwaltung wird erwähnt, aber nicht gelobt. Lueken war ein Anhänger der Gartenstadtbewegung; dass es Reibungsflächen zwischen Gradenwitz und dem – von Lueken nach Kiel geholten – Gartenarchitekten Leberecht Migge gab, ist belegt.³⁸

Scheitern der Wiederwahl 1925

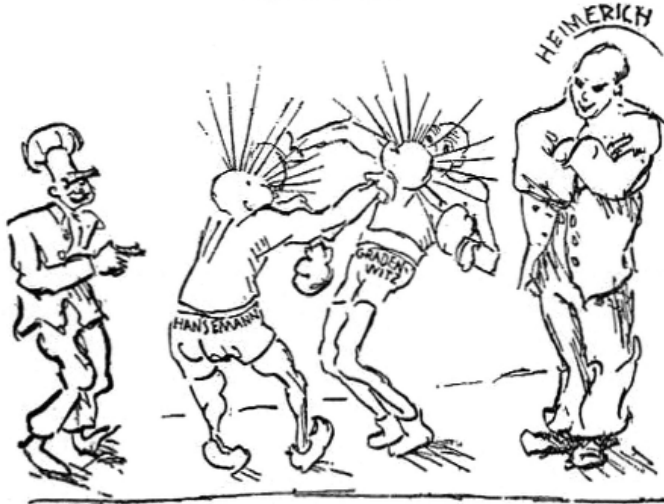
Sein Zeugnis erhielt Gradenwitz nach seiner Entlassung im März 1925.³⁹ Er hatte sich für eine zweite Amtsperiode zur Wahl gestellt, war aber einem jüngeren Herausforderer unterlegen. Die Gründe lagen in der politischen Entwicklung und in persönlichen Eigenheiten. Die Linksliberalen hatten ihre starke Stellung im Bürgertum verloren. Bei den Stadtverordnetenwahlen von 1924 erzielten der Bürgerblock, Wirtschaftsliste und Hausbesitzer deutliche Gewinne, während die DDP mit 5,7 Prozent kaum erfolgreicher war als der erstmals teilnehmende Völkisch-Soziale Block. Der Bürgermeister hätte also eine Mehrheit aus linken und rechten Wählern auf sich vereinigen müssen.

Für eine solche Rolle in der politischen Landschaft von 1925 war Fritz Gradenwitz nicht die passende Besetzung. Die sozialdemokratische *Volkszeitung* schrieb in ihrem Bericht über die Präsentation der Kandidaten: „Bürgermeister Gradenwitz: Der korrekte Verwaltungsbeamte, ein Mann von großem Fleiß und mit der aner kennenswerten Absicht, Gegensätze zu vermitteln. Daß sein Vortrag keinen tieferen Eindruck hinterließ, daß er nicht im letzten Grunde überzeugte: liegt es vielleicht daran, daß er sich sachlich und persönlich nicht genügend über die Dinge erhebt?“⁴⁰

Mit zurückhaltender, aber doch spürbarer Kritik hatte das Blatt zwei Monate zuvor auch die Erstaufführung eines „Kieler Wohlfahrtsfilms“

Kieler Wahlkämpfe

Bürgermeisterwahl 1925



Der Sozi: „Hier, meine Herrschaften, sehen Sie den Vorkampf Hansemann gegen Gradenwitz, aus dem Heimerich als Sieger und Bürgermeister hervorging.“

Karikatur zur Kieler Bürgermeisterwahl 1925

kommentiert: „Nach dem Vortrage [von Gradenwitz, H. H. L.] wurde der Wohlfahrtsfilm gezeigt. Er gewährte einen Einblick in die verschiedensten Zweige der Kieler Wohlfahrtsarbeit. Was ihm fehlt ist ein sozialer Unterton, sind Aufnahmen, die das Massenelend der Gegenwart aufzeigen und das Gewissen der Zuschauer wecken. Möge er seinen Zweck, Mittel und Kräfte für die Wohlfahrtsarbeit zu gewinnen, auch in seiner heutigen Form erreichen.“⁴¹ Den Film hatte der Bürgermeister erstellen lassen, als Abbild der sozialen Lage und der Wohlfahrtsarbeit in der Stadt, vielleicht aber auch als Erfolgsnachweis mit Blick auf die anstehende Wahl.

Zur Wahl standen der Amtsinhaber Gradenwitz, der Kandidat des rechten Bürgertums Hanseemann und – erstmals in Kiel – auch ein sozialdemokratischer Herausforderer: Hermann Heimerich, Stadtrat in Nürnberg und 13 Jahre jünger als Gradenwitz, gewann die Wahl mit deutlichem Abstand; für den Amtsinhaber blieb nur der dritte Platz.⁴² Die Rechtsparteien, festgelegt auf Hanseemann, waren kurz vor der Wahl an Gradenwitz herangetreten, er möge doch erwägen, seine Kandidatur zurückzuziehen.⁴³ Angesichts dieser Ausgangslage – auch Siedler und Bodenreformer aus der politischen Mitte plädierten für Heimerich – ist Gradenwitz' Ergebnis posi-

tiver zu sehen, als er es selbst aufnahm.⁴⁴ Dass er trotz der gegen ihn gerichteten Wahlaufufe mehr als ein Viertel der Stimmen gewann, lässt auf eine besondere Wertschätzung schließen, die er sich bei vielen Kielern über Parteigrenzen hinweg erworben hatte.

Tätigkeit als Rechtsanwalt und im Stadtparlament

Gradenwitz ließ sich 1926 in Kiel als Rechtsanwalt nieder. Im März fand sein Name Eingang in die Anwaltslisten beim Amts- und Landgericht. Ein Spiegelbild dieser und gleichartiger Vorgänge findet sich in den Akten des Preußischen Justizministeriums. Sie zeigen auch die Religionszugehörigkeit der zugelassenen Anwälte. Im Zeitraum 1922 bis 1930 gab es vier Mal den Eintrag „mos.“ (mosaisch), bei den Anwälten Daltrop, Spiegel, Tannenwald und Vohßen. Bei Gradenwitz steht in der entsprechenden Spalte das Kürzel „jüd.“⁴⁵ Ein antisemitischer Schlich, um den Bürgermeister a.D., der sich als junger Mann hatte taufen lassen und dessen Personalunterlagen ihn zweifelsfrei als evangelisch auswies,⁴⁶ als „jüdisch“ zu diskreditieren?

Dies könnte Fritz Gradenwitz schon bei einem Antrag geschadet haben, den er Mitte 1928 stellte – auf Bestellung als Notar. Die Anwaltskammer sprach sich dagegen aus, ebenso wie die Präsidenten von Land- und Oberlandesgericht, und das entscheidende Ministerium schloss sich diesem Votum an. Kriterien für die Behandlung solcher Gesuche waren die „zeitliche Voraussetzung“ und das „Bedürfnis“: Geprüft wurde, wie lange der Antragsteller bereits als Kieler Anwalt gearbeitet hatte und ob die Notariatskapazität tatsächlich einer Erweiterung bedurfte.

Bei Gradenwitz war das Ergebnis zweimal negativ. Weder seine Bitte, mit Rücksicht auf sein Lebensalter und die langjährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst von der Erfüllung der zeitlichen Voraussetzung abzusehen, noch ein befürwortendes Schreiben des Staatssekretärs Franz Schleusener aus dem Finanzministerium hatten diese Beurteilung wesentlich beeinflussen können.⁴⁷ Die Entscheidung erschien objektiv und schlüssig begründet,⁴⁸ wenn es kurz darauf nicht einen dazu konträren Fall gegeben hätte. Ein anderer Rechtsanwalt, erst im Mai 1928 beim Landgericht zugelassen, schrieb sein Gesuch um das Notariat im Oktober, nach allem Anschein also in noch unveränderter „Bedürfnis“-Lage. Vorher hatte er mehrere Jahre als Syndikus der Kieler Brauindustrie und als Justitiar bei der Sparkasse gearbeitet. In seinem Fall galten beide Kriterien als zweifelsfrei erfüllt, noch im November wurde er als Notar vereidigt.⁴⁹

Gradenwitz verzichtete auf ein zweites Gesuch in den Folgejahren und blieb Anwalt ohne Notariat. Ein zweites Tätigkeitsfeld fand er (erneut) in der Kommunalpolitik: Als Kandidat der linksliberalen Deutschen Demo-

kratischen Partei (DDP) rückte er ins Stadtparlament ein. Bei den Wahlen 1929 verlor diese Partei von ihren drei Mandaten zwei. Gradenwitz war also allein und schloss sich – wohl eher notgedrungen – derjenigen Fraktion an, die von Bürgerblock, Hausbesitzern und Wirtschaftspartei gebildet wurde.⁵⁰ Die weitaus stärkste Gruppe bildeten nach wie vor die Sozialdemokraten mit 27 von insgesamt 66 Abgeordneten.⁵¹

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten

Die NSDAP spielte 1929 mit zwei Sitzen eine ähnlich marginale Rolle wie die DDP. Bei der nächsten Wahl, am 12. März 1933, war die Stimmung bereits umgekippt. Die Nationalsozialisten erhielten nicht weniger als 44 Prozent der Stimmen und bildeten mit der DNVP (9 Prozent) die stärkste Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung. Sie verfügte über 33 der insgesamt 64 Stimmen, auf die SPD entfielen nurmehr 20, und die politische Mitte war kaum noch vertreten. Bekanntlich ist das Wahlergebnis vor dem Hintergrund der massiven Einschüchterungen durch die Kräfte der „Nationalen Front“ zu verstehen. Am Vortag der Wahl war der Oberbürgermeister Lueken durch Walter Behrens, den Kreisleiter der NSDAP, gewaltsam aus dem Amt gedrängt worden.⁵² „Legalisiert“ wurde diese Ablösung zwei Wochen später im Stadtparlament – durch Zuruf und ohne Beteiligung der SPD. Die Stelle des (zweiten) Bürgermeisters nahm ein junger Kieler Rechtsanwalt ein, bis dahin beim Oberlandesgericht zugelassen. Walter Mentzel war NSDAP-Mitglied und stand am Anfang einer Karriere, die ihn später zum Gebietskommissar der Stadt Reval, zum Landrat in Eckernförde und schließlich zum Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Kieler Landtag aufsteigen ließ.

Neben der Scheinlegalität der Machtergreifung trat auch in Kiel ihr terroristischer Aspekt zu Tage. Der Jurist und SPD-Kommunalpolitiker Wilhelm Spiegel wurde in der Nacht vor dem Wahlsonntag erschossen⁵³ und der Rechtsanwalt Friedrich Schumm am 1. April im Polizeigefängnis gelyncht. Letzterer war damit ein Opfer des reichsweiten „Abwehr-Boykotts“ der NSDAP gegenüber jüdischen Geschäften am 1. April 1933 geworden. Doch war dieser Boykott nicht nur gegen jüdische Geschäfte, sondern auch gegen Arzt- und Anwaltspraxen gerichtet. In Kiel waren letztere nach vorliegenden Angaben nicht gewaltsam betroffen, wohl wegen des frühen Boykott-Abbruchs infolge der Ereignisse vor dem Möbelgeschäft Schumm und der nachfolgenden Ermordung Friedrich Schumms.⁵⁴

Bekanntlich setzte der NS-Staat bei jüdischen Juristen primär auf „legale“ Verdrängung. Das Rechtsanwaltsgesetz vom 7. April 1933 fiel mit seiner Kann-Bestimmung weit weniger rigoros als das Berufsbeamten-gesetz aus;

dennoch verloren ein Drittel der 3.400 jüdischen Anwälte in Preußen ihre Zulassung.⁵⁵ In Kiel waren vom Anwaltsgesetz zunächst nur zwei Personen betroffen; zusätzlich wurde ein Notariat entzogen.⁵⁶ Bei den fünf Anwälten, die in der zitierten Ministerialakte das Kürzel „mos.“ für „mosaisch“ trugen, ist keine Löschung vermerkt.⁵⁷ Auch Gradenwitz war vorläufig noch auf der sicheren Seite; als Kriegsteilnehmer mit Landwehrdienstauszeichnung 2. Klasse half ihm die Ausnahmebestimmung.⁵⁸

Weit stärker waren – durch das Berufsbeamtengesetz – die Richter und Staatsanwälte betroffen. Und auch die jüdischen Professoren der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät verloren fast ausnahmslos ihre Stellen.⁵⁹ Unter ihnen war Hermann Kantorowicz, ein Freund und Nachfolger des oben erwähnten Gustav Radbruch.⁶⁰ Verschärft wurde die Verdrängung jüdischer Juristen durch die Nürnberger Gesetze, und den verbliebenen Rechtsanwältinnen brachte die 5. Verordnung zum Reichsbürgergesetz das endgültige Aus. Die Zulassung verloren sie am 30. November 1938. Schon kurz vor diesem Stichtag war in der Zeitschrift „Deutsche Justiz“ zu lesen: „OLG Bezirk Kiel: Gelöscht: RA Dr. Fritz Gradenwitz b. d. AG. u. d. LG. Kiel.“⁶¹ Von den sieben jüdischen Namen, die Anfang 1933 in der Kieler Anwaltsliste standen, waren damit sechs gestrichen. Drei Wochen später folgte die letzte Löschung.⁶²

Die Pogromnacht in Kiel und ihre Folgen für Fritz Gradenwitz

Seine berufliche Zukunft wird Fritz Gradenwitz schon Monate vorher ohne Illusionen gesehen haben.⁶³ Am Abend des 9. November 1938 wurde seine Wohnung „in einen Trümmerhaufen verwandelt“.⁶⁴ „Dann hat man genommen sämtliche deutsche Juden, alle Männer von 20–60 Jahre ohne Ausnahme, von den Betten heraus und sie verhaftet im Präsidium, darunter auch den Vorsteher Tannenwald, Dr. Gradenwitz, der getauft ist, Dr. Behr, Dr. Spiegel [...] kurz, alle ohne Ausnahme. [...] Es haben sich dabei schreckliche Szenen abgespielt.“ So berichtete ein junger Kieler ostjüdischer Herkunft über den Verlauf dieser Nacht.⁶⁵ Den früheren Bürgermeister verschleppte man zusammen mit weiteren Festgenommenen ins Polizeigefängnis; das Gewahrsamsbuch zeigt 48 Einträge mit Namen, Adresse, Geburtsdatum und dem Zusatz: „Jude [...] Schutzhäftling.“ Ein Drittel von ihnen, meist „Ostjuden“, kam am Folgetag wieder frei, während die anderen am 12. November mit einem Speißrutenlauf im KZ Sachsenhausen bei Oranienburg empfangen wurden.⁶⁶ Fritz Gradenwitz war unter ihnen.⁶⁷

Eine weitere Demütigung folgte. Der Bürgermeister a.D. schrieb im März 1939 „An den Herrn Oberbürgermeister der Stadt Kiel = J. Kennkarte A00099 = Hierdurch zeige ich an, daß ich gemäß Verfügung des Herrn

Polizeipräsidenten in Kiel vom 3. Februar 1939 – II 80 /10 – den Vornamen: Abel führe.“⁶⁸ Am Jahrestag des Pogroms verhaftete die Gestapo Fritz „Abel“ Gradenwitz ein zweites Mal und ließ ihn anschließend vier Wochen in „Schutzhaft“ halten.⁶⁹ Danach verließ er Kiel und zog nach Hamburg, in die Geburtsstadt seiner Frau. Seit 1935 war ihre Verbindung durch die Nürnberger Gesetze als „Mischehe“ definiert, und ihre drei Töchter wurden als „Mischlinge 1. Grades“ kategorisiert. Es gilt als Verdienst von Martha Gradenwitz, die Freiheitsberaubung ihres Ehemannes in beiden Fällen verkürzt zu haben. Sein Überleben verdankt Fritz Gradenwitz der Tatsache, dass „jüdische“ Partner aus „Mischehen“ von der Deportation ausgenommen waren.⁷⁰

Nachkriegszeit und „Wiedergutmachung“

Ab August 1945 war Dr. Fritz Gradenwitz wieder berufstätig – als Referent bei der Beratungsstelle für Wiedergutmachungsansprüche in Hamburg. Im Folgejahr wurde er Richter am Arbeitsgericht, dann dessen Vorsitzender. Fachlich kehrte er damit in das Feld zurück, auf dem er schon in Breslau gearbeitet hatte. Im Alter von 77 Jahren ging er zur Jahresmitte 1949 endgültig in den Ruhestand.

Seine juristische Tätigkeit war damit nicht beendet; er hatte es zumindest mit noch einem Fall zu tun – der „Rückerstattungssache Dr. Gradenwitz“. Sein Ruhegehalt, auf das er Anspruch hatte, war seit langem aus zwei Gründen nur mit Abstrichen ausgezahlt worden. Den ersten Anlass gaben die Notverordnungs Kürzungen der Jahre 1930 bis 1932, den zweiten gab Fritz Gradenwitz selbst: Nach Ende des Berufsverbots fühlte er sich – 73-jährig – nicht zum Ruhestand berufen, mit der Folge, dass sein Gehalt auf die Versorgungsbezüge angerechnet wurde. Dies wollte er hinnehmen, nicht dagegen die verringerten Pensionszahlungen während der NS-Zeit. Sein Argument: Die Kürzungen per Notverordnung waren für „arische“ Ruhegehaltsempfänger ab 1941 aufgehoben worden, nicht jedoch für Juden.⁷¹ Daraus ergab sich – gerechnet ab 1941 – ein Ausgleichsanspruch von 9.800 DM. Den Wiedergutmachungsantrag stellte er im Juni 1947, die endgültige Ablehnung erhielt er fünfzehn Jahre später.⁷²

Zu seinem 80. Geburtstag brachten die *Kieler Nachrichten* eine kurze Notiz. Sie erinnerten an Gradenwitz' Kriegsdienst, die Jahre 1919/1920 und an sein Werk in der Weimarer Zeit, „dem er sich mit Liebe und Energie widmete“. Die Jahre 1933 bis 1945 blieben zeitgemäß unerwähnt.⁷³

Eine zweite Ehrung folgte fünf Jahre später: Nach Gradenwitz' Tod am 18. Juni 1957 wurden dessen Verdienste um das Wohl der Fördestadt durch eine Traueranzeige und ein Beileidschreiben des Kieler Oberbürgermeisters

gewürdigt.⁷⁴ In der Galerie der Kieler Bürgermeister – im ersten Stock des Rathauses – hat auch Gradenwitz' Porträt einen Platz gefunden, während er in der Literatur zur Stadtgeschichte kaum berücksichtigt ist.

Anmerkungen

1. Sucht ein lokalgeschichtlich Interessierter auf der offiziellen Internetseite der Stadt Kiel www.kiel.de Informationen zum früheren Bürgermeister Gradenwitz, wird er nur mit einer gewissen Geduld und Erwartungseinschränkung fündig. Das „Kiel-Porträt“ bietet wenig Historisches, aber das „Öffentliche Gedächtnis der Stadt“ – vom Stadtarchiv gepflegt – erinnert an zahlreiche Stadtväter und -kinder. Einschlägigen Sucherfolg bringt dann ein weiterer Link: Die bibliografische Datenbank der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte nennt bei der Wortsuche „Gradenwitz“ elf Veröffentlichungen; darin findet sich der Name jeweils im Personenregister, nicht aber im Titel. Ein Rechercheur ohne Vorkenntnisse könnte sich aus den Funden ein Bild formen: Gradenwitz war vermutlich ein zweitrangiges Magistratsmitglied in politisch ruhigen Jahren, ein korrekter Verwalter ohne Höhen und Tiefen, nach nur einer Amtsperiode mit freundlichen Worten und einem moderaten Presse-Echo verabschiedet.
2. Zur Familiengeschichte vgl. Hans H. Lembke, *Die Schwarzen Schafe bei den Gradenwitz und Kuczynski*. Zwei Berliner Familien im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin 2008. Dort stehen die Unternehmer beider Familien im Vordergrund; zu Gradenwitz gibt es eine Kurzbiografie. Vgl. www.gradenwitz-kuczynski.de
3. *Ostsee-Zeitung und Neue Stettiner Zeitung* Nr. 582, 12.12.1912.
4. So zitiert in der *Kieler Zeitung* Nr. 587, 15.12.1912.
5. Peter Wulf, *Kiel wird Großstadt (1867 bis 1918)*. In: Jürgen Jensen/Peter Wulf (Hg.), *Geschichte der Stadt Kiel*. Neumünster 1991, S. 223f.
6. Von 1890 bis 1896 hatte es schon einmal sozialdemokratische Stadtverordnete gegeben. Rainer Paetau, *Konfrontation oder Kooperation. Arbeiterbewegung und bürgerliche Gesellschaft im ländlichen Schleswig-Holstein und in der Industriestadt Kiel zwischen 1900 und 1925*. Neumünster 1988, S. 123 und 534.
7. Wulf, *Großstadt*, S. 226.
8. *Kieler Zeitung* Nr. 560, 29.11.1912.
9. In Bezug der Kieler Besonderheiten hatte Gradenwitz einen Kenntnisvorsprung. In Stettin war 1908 ein Dr. Karl Thode (2.) Bürgermeister geworden, vorher Stadtrat in Kiel. Mit seiner beruflichen Nähe zur Wohlfahrtsarbeit – er war später Generalsekretär des DRK – wird Thode Gradenwitz nahe gestanden und ihn bei der Kandidatur-Vorbereitung unterstützt haben.
10. Ansprachen wiedergegeben in *Kieler Zeitung* Nr. 570, 5.12.1912.
11. *Kieler Zeitung* Nr. 575, 8.12.1912.
12. *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* Nr. 287, 8.12.1912.
13. *Kieler Zeitung* Nr. 576, 8.12.1912.
14. *Kieler Zeitung* Nr. 580, 11.12.1912.
15. Er erhielt gut zwei Drittel aller Stimmen, kam im Ostbezirk auf 86 Prozent, erreichte aber auch im „bürgerlichen“ Norden und Westen eine deutliche Mehrheit. Stadtarchiv Kiel, *Akte zur Wahl* (Nr. 25311), und *Kieler Zeitung* Nr. 582, 12.12.1912.
16. *Kieler Zeitung* Nr. 586, 15.12.1912.
17. Rüdiger Wenzel, *Bevölkerung, Wirtschaft und Politik im kaiserlichen Kiel zwischen 1870 und 1914*. Kiel 1978, S. 26f. und 147f. Die Bevölkerung Kiels verdreifachte sich von 1890 bis 1910 auf 210.000.
18. Gustav Noske, *Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution*. Berlin 1920.
19. Dirk Dähnhardt, *Revolution in Kiel. Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik 1918/19*. Neumünster 1978, S. 111f.

20. Der Mehrheitssozialdemokrat Heinrich Kürbis übernahm den Posten des Oberpräsidenten, aber erst nach Rücktritt des Amtsinhabers v. Moltke. Ebd., S. 140.
21. Stadtarchiv Kiel, Personalakte Gradenwitz, S. 14. Den Tätigkeitsbericht hat der Bürgermeister 1920 vorgelegt: Fritz Gradenwitz, Die wirtschaftliche Demobilmachung im Demobilmachungsbezirk Kiel. Tätigkeitsbericht des Demobilmachungsausschusses Kiel vom Nov. 1918 bis Ende März 1920. Kiel 1920.
22. Dähnhardt, Revolution, S. 154.
23. Dähnhardt, Revolution, S. 149.
24. Sabine Stahmer-Wusterbarth, Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Kiel während der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Maßnahmen der Kieler Stadtverwaltung. Diss. Kiel 1996, S. 247.
25. Lindemanns Ehefrau hat in ihren Erinnerungen andere Gründe für den Rücktritt genannt. Margarethe Lindemann, Erinnerung an Paul Lindemann. In: Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 73 (1991), S. 298.
26. Stadtarchiv Kiel; wiedergegeben in Dirk Dähnhardt/Gerhard Granier, Der Kapp-Putsch in Kiel. Eine Dokumentation zum 60. Jahrestag der Märzereignisse von 1920. Kiel 1980.
27. Der Ordnungsbund wurde 1919 auf Initiative des Architekten Prinz (DVP) von Kieler Bürgern gegründet, um bei gewaltsamen Turbulenzen – insbesondere durch Spartakisten ausgelöst – für Ruhe und Ordnung zu sorgen. „Glücklicherweise kam es nicht zu den erwarteten Unruhen. Ich fürchte, wir, der Ordnungsbund, hätten uns auch nur schlecht bewährt; denn wir waren im Grunde genommen doch recht wenig auf wirklichen Kampf vorbereitet.“ Ernst Prinz, Erinnerungen eines Kieler Architekten. In: Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 58 (1970), H. 1/2, S. 123.
28. Ebd., S. 78. Am Sonntag, dem 14. März, erschien nur die *Kieler Zeitung*; auf der Titelseite klafften große Lücken, der „Militärbefehlshaber des Gouvernementbereichs Kiel hatte weitreichend zensiert“. *Kieler Zeitung* Nr. 125, 14.3.1920. Die nächste Ausgabe dieser Zeitung erschien erst am nachfolgenden Sonnabend.
29. Garbe war Gouverneur geworden, nachdem Noske nach Berlin zurückgekehrt war.
30. Siehe die Darstellung Radbruchs in Dähnhardt/Granier, Kapp-Putsch, S. 104-117.
31. Bürgervereinigung, Bürgervereine, Bürgerblock (später auch Ordnungsblock): Zusammenschluss von Konservativen (DNVP) und Nationalliberalen (DVP).
32. Das Sitzungsprotokoll ist als Anlage des Berichtes enthalten, ebd., S. 85f. Vgl. Anm. 21.
33. Ebd., S. 85.
34. Der Bericht von Gradenwitz schließt mit diesem Vorgang.
35. Auch Lindemann kam in Untersuchungshaft, wurde angeklagt und ebenso amnestiert.
36. Dörte Beier, Kiel in der Weimarer Republik. Die städtebauliche Entwicklung unter der Leitung Willy Hahns. Kiel 2004, S. 65f.
37. Kurzbiografie in: Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck, Band 12. Neumünster 2006, S. 296f.
38. Beier, Kiel in der Weimarer Republik, S. 183.
39. Stadtarchiv Kiel, Personalakte Gradenwitz, S. 15.
40. *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* Nr. 59, 11.3.1925.
41. *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* Nr. 3, 5.1.1925.
42. Dr. Hermann Heimerich blieb drei Jahre im Amt und stieg dann zum Mannheimer Oberbürgermeister auf. Zu seiner Biografie vgl. Hermann Heimerich, Lebenserinnerungen eines Mannheimer Oberbürgermeisters. Aus dem Nachlaß hg. u. bearb. von Jörg Schadt. Stuttgart 1981. Ein kurzer, herzlicher Briefwechsel zwischen Heimerich und Gradenwitz ist erhalten. Darin tauschten sie sich über ihre berufliche Nachkriegszeit und gemeinsame frühere Magistratskollegen aus. Stadtarchiv Mannheim, Nachlass Heimerich, Zug. 24/1972, Nr. 322 u. 339.
43. Die *Kieler Zeitung* hatte dagegen die gesamte „bürgerliche Seite“ zur Wahl von Gradenwitz aufgerufen und sich gegen den „Parteimann“ Heimerich ausgesprochen. *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* Nr. 62, 14.3.1925.

44. „Ich habe mich stets bemüht, in meiner Arbeit unparteiisch zu sein und scheidet deshalb nicht ganz ohne Bitterkeit.“ Abschiedsworte auf der Kollegiensitzung nach der Wahl, *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* Nr. 65, 18.3.1925.
45. Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz I. HA Rep. 84a Nr. 24164.
46. Stadtarchiv Kiel, Personalakte Gradenwitz, Personalbogen und Heiratszeugnis, S. 148. In der Folgeakte des Ministeriums für die Jahre 1931–1933 findet sich bei ihm die Eintragung „mos.“, wie auch bei den weiteren Kieler Anwälten Daltrop, Gerson, Spiegel und Tannenwald. Fritz Gradenwitz ließ sich vermutlich nach der Schulzeit taufen. In den Schulbüchern des Magdalenen-Gymnasiums ist er noch als „mosaisch“ verzeichnet. Staatsarchiv Breslau, Akten Städtisches Evangelisches Gymnasium und Realgymnasium Sta. Magdalena in Breslau.
47. Franz Schleusener war wie Gradenwitz in der Stettiner Kommunalverwaltung tätig gewesen; sie gehörten derselben Partei an.
48. Also unbeeinflusst von jüdischer Herkunft und linksliberaler Gesinnung des Antragstellers.
49. Formal wurde dies mit einer früheren Anwaltszulassung am Amtsgericht begründet, von der er freiberuflich aber wegen der anderweitigen Tätigkeit kaum Gebrauch gemachte hatte. Auch wurde positiv vermerkt, dass er „während des ganzen Krieges als Offizier im Felde gestanden hatte.“ Er war Marineoffizier gewesen. GStA I HA Rep. 84a Nr. 24164, S. 139.
50. In seiner Arbeit als Stadtverordneter fand er eine gewisse Kontinuität zu seinen Aufgaben als Bürgermeister. Er war stellvertretendes Mitglied in der Kämmerei, Mitglied der Beratungsstelle für Kinderhilfe und trug in der zuständigen Kommission zur Neuordnung des Schulwesens bei. Dank an das Stadtarchiv Kiel für diese Auskunft vom 13.3.2008.
51. Stahmer-Wusterbarth, *Entwicklung*, S. 535.
52. Lueken trat im Folgemonat in die NSDAP ein und wurde 1934 Direktor der Commerzbank in Bremen. Nach dem Krieg gehörte er der FDP-Fraktion in der Bremer Bürgerschaft an. Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck. Band 12, S. 299f.
53. Der Kieler Landgerichtspräsident teilte dem Preussischen Justizminister am 18. März „unmittelbar“ mit: „In der Nacht vom 11. zum 12. März 1933 ist der Rechtsanwalt und Notar Wilhelm Spiegel verstorben. Hiervon wird Anzeige erstattet.“ GStA I. HA Rep. 84a Nr. 24165, S. 74. Siehe auch Bettina Goldberg, „Im Großen und Ganzen aber verhielt sich die Bevölkerung passiv“. Der antijüdische Boykott am 1. April 1933 in Schleswig-Holstein. Im vorliegenden Heft S. 112ff.
54. Ein SS-Mann wurde im Handgemenge erschossen, die Tötung Schumm zur Last gelegt.
55. Wolfgang Benz, *Von der Entrechtung zur Verfolgung und Vernichtung. Jüdische Juristen unter dem nationalsozialistischen Regime*. In: Helmut Heinrichs u.a. (Hg.), *Deutsche Juristen jüdischer Herkunft*. München 1993, S. 825.
56. Die Anwälte Dr. Alfred Weidenhaupt und Johann Hundt. GStA I. HA Rep. 84a Nr. 24165, S. 90f., und *Deutsche Justiz* 95 (1933) 35 (28.7.1933), S. 234. Sein Notariat verlor Dr. Bruno Tannenwald.
57. GStA I. HA Rep. 84a Nr. 24165.
58. Für den gesamten Bezirk des Oberlandesgerichts Kiel wies eine Zwischenbilanz zum 1.5.1934 die folgenden Zahlen aus. Rechtsanwälte: 467 zugelassen, davon 21 „nichtarisch“; 13 seit dem 1.4.1933 ausgeschieden, davon 6 aufgrund des Anwaltsgesetzes. Notare: 306 vorhanden, davon 10 „nichtarisch“; 15 seit dem 1.4.1933 ausgeschieden, davon 9 aufgrund des Berufsbeamtengesetzes. *Deutsche Justiz* 96 (1934) 29, S. 950.
59. Auch von der Mitwirkung im Oberlandesgericht waren die Rechtsprofessoren ab sofort ausgeschlossen. Vgl. die Einträge im Handbuch über den Preussischen Staat. Berlin 1933ff.
60. Radbruch war 1926 nach Heidelberg gegangen und wurde 1933 als erster Hochschullehrer aus politischen Gründen entlassen. In Kiel waren – neben Kantorowicz – noch vier weitere juristische Hochschullehrer vom Berufsbeamtengesetz betroffen. Horst Göppinger, *Juristen jüdischer Abstammung im „Dritten Reich“*. München 1990, S. 210, und Ralph Uhlig, „...da die erforderlichen Messungen s. Z. nicht vorgenommen wurden“. Die Verdrängung von jüdischen Gelehrten an der Kieler Christian-Albrechts-Universität nach 1933. In: Gerhard Paul/

Miriam Gillis-Carlebach (Hg.), *Menora und Hakenkreuz*. Neumünster 1998, S. 215-235.

61. *Deutsche Justiz* 100 (1938) 47 (25.11.1938), S. 1867.

62. Sie betraf den Anwalt Josef Daltrop, 1876 in Güstrow geboren; seine Zulassung in Kiel hatte er um 1907 erhalten. Das Notariat verlor er aufgrund des Reichsbürgergesetzes schon Anfang 1936. *Deutsche Justiz* 98 (1936) 9 (28.2.1936), S. 316. Laut einem genealogischen Hinweis starb er 1943 in Kiel. <http://shum.huji.ac.il/dutchjew/genealog/beck/74.htm> (10.3.2008). Bei der Volkszählung 1939 wurden er und seine „arische“ Ehefrau in Kiel erfasst. Bundesarchiv, Ergänzungskartei zur Volkszählung. Nach derselben Quelle lebten die schon 1933 mit Berufsverbot belegten Anwälte Hundt und Dr. Weidenhaupt im Sommer 1939 nicht mehr in Deutschland. Zu Dr. Bruno Tannenwald, Jg. 1880, dem sechsten Kieler Anwalt jüdischer Herkunft (neben Spiegel, Daltrop, Hundt, Weidenhaupt, Gradenwitz) gibt es widersprüchliche Angaben. In der Volkszählung wurde er nicht erfasst (wohl aber seine Mutter); vermutlich ist er 1935 in Kiel gestorben, vgl. Claus-Dieter Crohn u.a. (Hg.), *Handbuch der deutschsprachigen Emigration*. Darmstadt 1998. Dort ist auch vermerkt, dass seine Ehefrau mit Tochter und Sohn (später ein bekannter Physiker am Massachusetts Institute of Technology) 1939 über Kuba in die USA emigrierte. Über den Rechtsanwalt A. Gerson ist nichts Näheres bekannt.

63. Das Kieler Adressbuch 1936/37 verzeichnete ihn nicht mehr in der Liste der Anwaltspraxen; im Namensteil war er mit Berufsbezeichnung, aber nur mit Wohnungsadresse genannt. Nach allem Anschein hatte er die Praxisräume am Sophienblatt aufgegeben und dem Kollegen Dr. Alving überlassen, vormals ein Partner des ermordeten Rechtsanwalts Dr. Spiegel.

64. Gradenwitz' Darstellung im Zusammenhang mit seinem Antrag auf Wiedergutmachung. LAS Abt. 761 Nr. 6447, S. 3.

65. Den Bericht sandte er, Mendel Czapnik, an seine nach Palästina ausgewanderten Eltern, wiedergegeben in: Dietrich Hauschildt-Staff, *Novemberpogrom*. Zur Geschichte der Kieler Juden im Oktober/November 1938. In: *Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte* 74 (1988), H. 7/8, S. 156. Bei dem Opfer handelt es sich um den Arzt Dr. Otto Spiegel und nicht um den am 12. März 1933 erschossenen Stadtverordneten Dr. Wilhelm Spiegel.

66. Ebd., S. 153.

67. Gradenwitz war vom 12. bis 22. November in Sachsenhausen inhaftiert. Abschrift des Entlassungsscheins in der Wiedergutmachungsakte LAS Abt. 761, Nr. 6447, S. 5. Auskunft von Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen vom 9.6.2006: „Anweisung der Politischen Abteilung, Fritz Gradenwitz am 21.11.1938 zu entlassen.“

68. Stadtarchiv Kiel, Personalakte, S. 37.

69. Darstellung des Betroffenen: „Auch für meine zweite Verhaftung im November 1939 nach dem fingierten Bürgerbräuattentat waren politische Erwägungen maßgebend.“ LAS Abt. 761, Nr. 6447, S. 3 u. 5.

70. Vgl. dazu Beate Meyers Eintrag in: *Das jüdische Hamburg*. Ein historisches Nachschlagewerk. Hg. vom Institut für die Geschichte der deutschen Juden. Göttingen 2006, S. 192f.

71. Diese Diskriminierung ergab sich durch einen – geheimen – Erlass des Reichsfinanzministers vom 24.12.1940. Abschrift in der Personalakte, S. 103.

72. Gradenwitz stellte auch einen Antrag auf Rückerstattung der „Judenvermögensabgabe“. LAS Abt. 352.3, Nr. 7619, und Abt. 510, Nr. 8936.

73. *Kieler Nachrichten*, 24.4.1952.

74. *Kieler Nachrichten*, 22.6.1957.

Der Autor

Hans H. Lembke, geb. 1947 in Kellinghusen, ist Hochschullehrer an der FH Brandenburg für Betriebswirtschaftslehre der kleinen und mittleren Unternehmen. Er befasst sich mit der Geschichte deutsch-jüdischer Unternehmer im 19. und 20. Jahrhundert.